

6. Engagement und Integration zwischen Gegenwart und Zukunft: Fördermittel, Politik und Visionen im Wandel

Auf einer Podiumsdiskussion der »Stiftung Bürger für Leipzig« im Juni 2018 in Leipzig berichtete Petra Köpping, von 2014 bis 2019 Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration,¹ dass der Sächsische Finanzminister sie gefragt habe: »Frau Köpping, wir haben doch viel weniger Geflüchtete, wieso brauchen Sie immer noch so viel Geld?« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 4) Ab Ende 2015 wurden von Bund, Ländern und in der Gesellschaft sehr schnell sehr viele Gelder für die sogenannte Flüchtlingshilfe freigesetzt. Das Budget im Land Sachsen für den Flüchtlingsbereich stieg bis 2018 von 150.000€ auf 50 Mio.€ (vgl. Köpping auf der Podiumsdiskussion; Stiftung Bürger für Leipzig 2018a). Diese Steigerung steht in Zusammenhang mit dem Aufbau sächsischer Strukturen, die eine Integrationspolicy umsetzen sollen. Das Eingangszitat von Köpping deutet an, dass auch im Jahr 2018 Integrationspolitik in der sächsischen Landespolitik noch keine Selbstverständlichkeit ist, nachdem erst 2015 gezielt begonnen wurde, Infrastrukturen zur Förderung von Integration auf Landesebene zu entwickeln.

Die meisten der von mir befragten freiwilligen Vereine und Institutionen bezogen Fördermittel des Landes Sachsen. Diese wurden von der Sächsischen Aufbaubank zugewiesen. Einige meiner Informant*innen sahen die Entscheidungen der Förderer als »politische« Entscheidungen an, in dem Sinne, dass die Auswahl der zu unterstützenden Organisationen erheblichen Einfluss auf die Unterstützungsstrukturen vor Ort habe, weil die Organisationen von der Förderung abhängig sind. Dies habe ich im Kapitel 5 dargestellt, in dem ich die Abhängigkeit kommunaler *Freiwilliger Aufgaben* von kommunalen Haushaltsmitteln aufgezeigt habe. Gleichzeitig, so interpretierten meine Informant*innen, fehle den Entscheidenden die Einsicht und das Wissen, um zu entscheiden, welche Unterstützungsstrukturen in

1 Dieses Amt hatte sie unter diesem Titel zwischen 2014 und 2019 inne. Seit 2019 bis dato ist sie Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt.

einem Stadtgebiet, in einer Stadt gebraucht werden. Daraus wurden seitens meiner Informant*innen die Forderungen formuliert, einerseits transparente Förderrichtlinien zu definieren und andererseits an dieser Definition teilzuhaben. Neben den »Spannungen zwischen ordnungsrechtlichen und integrationspolitischen Aufgaben« (Schamann und Kühn 2017: 32), auf die ich in Kapitel 5 eingegangen bin, füge ich diesem Spannungsfeld nun als weiteren Einflussfaktor den Bereich der Finanzierung hinzu. Durch die Kontrolle über die Verteilung von finanziellen Ressourcen entstehen Abhängigkeiten innerhalb einer Assemblage (vgl. DeLanda 2006: 76f.). Dabei ist der Grad der Abhängigkeit dadurch bestimmt, wie leicht der Zugang zu alternativen Ressourcen innerhalb der jeweiligen Situation ist (vgl. ebd.: 76f.). Die Freiwilligen wollten sich beispielsweise nicht von »staatlichen« Zurückweisungen abhalten lassen und suchten immer wieder kreativ nach anderen Möglichkeiten, ihre eigenen Ideen von Hilfe umzusetzen.

Wie an mehreren Stellen in dieser Arbeit schon deutlich geworden ist, hat die gewachsene Erfahrung der Akteur*innen in den asylpolitischen Unterstützungsstrukturen zu einem Selbstbewusstsein geführt, das – wie in diesem Kapitel deutlich wird – sich in Bezug auf Förderstrukturen als Zweifel und Partizipationsansprüche in einem undurchsichtigen und hierarchisch organisierten Auswahlprozess zeigt. Somit werden existierende Finanzierungsstrategien hinterfragt und neue partizipativere Formen des Auswahlprozesses anvisiert. Die Auswahlkriterien der Fördermechanismen werden in Frage gestellt. Mir wurde die Situation so geschildert, dass die Entscheider nicht so gut wüssten, was vor Ort am besten ist, wie die Antragstellenden selbst. So wurden die Verteilungsprozesse von Ressourcen im Feld auch in ihren Hierarchien in Frage gestellt und zu einem politischen Thema gemacht. Gerade in Leipzig steht dies auch in einem Kontext unterschiedlich entwickelter Integrationspolicies auf kommunaler und landespolitischer Ebene, welche sich hier im Feld der Förderung von Unterstützungsstrukturen zur Integration von Geflüchteten widerspiegelt.

Diese Ambivalenzen in den strukturellen Bedingungen der Etablierung und Finanzierung der Organisationen stelle ich den Visionen der Engagierten von einem guten Zusammenleben in der Stadt gegenüber. Dadurch wird deutlich, wie unterschiedlich zukunftsgerichtet die Akteur*innen im Feld der Asylpolitik agieren. Die bisher in dieser Arbeit dargestellten Positionierungen des Engagements im »Dazwischen« – auf der *Handlungsebene* (Kapitel 3) und auf *struktureller Ebene* (Kapitel 4 und 5) – möchte ich in diesem Kapitel um eine weitere ergänzen. Ich interpretiere das Engagement und Formen seiner Etablierung als sichtbare Fenster in einen *zeitlichen* Raum zwischen Gegenwart und Zukunft, in dem Visionen vom »guten Zusammen/Leben« in einer Stadt als zukunftsgerichteter Triebkraft einer Gegenwart gegenüberstehen, in der Akteur*innen und Institutionen mit Zugang zu entscheidenden Ressourcen sich gleichzeitig *noch nicht, nur teilweise* oder *bewusst nicht* der

Systemintegration² von Zuwandernden öffnen. Diese Visionen werden auf individueller wie institutioneller Ebene sichtbar, durch Äußerungen und Handlungen einerseits sowie durch Diskurse und Policies andererseits.

Durch diese Gegenüberstellung wird deutlich, dass sich die beiden Begriffsinhalte von Integration, die Heckmann differenziert – Integration »als *Geschehen* und *Prozess*« und Integration als »*Ergebnis* und *Zustand*« (vgl. Heckmann 2015: 78, eigene Hervorhebung) – entlang dieser empirischen Institutionen beobachten lassen: Während die in Integrationskonzepten und Förderrichtlinien auf Landes- und kommunaler Ebene formulierten Integrationsziele sich auf die Perspektive des gewünschten Integrations-Ergebnisses konzentrieren, beschäftigen sich die Handlungen und die Visionen sowie auch beiderlei praktische Grenzen der Akteur*innen mit dem konkreten *Prozess* und dem *Geschehen*. Sie gestalten den *Weg zum Ergebnis*.

Empirischer Ausgangspunkt dieser Analyse ist die These, dass es keine politische Übereinkunft über den *Prozess* der Integration in der Praxis gibt. Selbst auf kommunaler Ebene existieren deutschlandweit große Unterschiede (vgl. Schammann 2020: 45).³ Dies wird zum Beispiel in der Betrachtung der Adressaten von Integrationskonzepten sichtbar. Hannes Schammann zeigt dies im Kontext der Handlungsfelder »Arbeit« und »Deutschspracherwerb« auf:

»Im Integrationsgesetz der Bundesregierung sind die auf Arbeit und Deutschspracherwerb fokussierten Maßnahmen direkt und nahezu ausschließlich an Migrant*innen gerichtet. Demgegenüber gab rund ein Drittel der untersuchten Kommunen an, sich an die Gesamtgesellschaft zu wenden. Im Sinne eines »Whole-of-society-Ansatzes« wurde davon ausgegangen, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt und Teilhabe von Migrant*innen nur als gemeinsame Anstrengung aller Bürger*innen erreicht werden können.« (Schammann 2020: 48)

Dem Policy-Verständnis von Chris Shore und Susan Wright (2011) folgend, Policies als Organisationsprinzipien (ebd.: 1f.) ohne eindeutige Autorschaft und lineare Implementationshierarchie (ebd.: 10) zu verstehen, geht es mir aber nicht nur darum, diese Gesetzes- und Konzept-Texte als gestaltgebend für die Umsetzung der Integrationspolicies in der Praxis aufzufassen. Stattdessen untersuche ich, wie die Akteur*innen diese Vorgaben und Richtlinien umsetzten, wie sie sich dazu positionierten und welche Grenzen sie dadurch für ihr Handeln sahen (vgl. ebd.: 8 und 13). Dies verdeutlicht die Relevanz individueller Interpretationen von Policies. Der Innovationsschub, den Schammann und Kolleg*innen zahlreichen Kommunen in

2 »Integration als Systemintegration thematisiert die Folgen der Migration für die Integration des sozialen Systems Gesamtgesellschaft« (Heckmann 2015: 72, vgl. auch Kapitel 1.3.1 dazu).

3 Hannes Schammann stellt dar, dass die Bundesländer seit 2015/2016 insbesondere im Handlungsfeld der Bildung im Schul- und Hochschulbereich zu Umstrukturierungen und Policy-Wechsel gezwungen waren (2020: 47).

Deutschland nach 2015/2016 zuschreiben, geht damit einher, dass Kommunen sich selbst zunehmend in einer aktiveren Rolle innerhalb des komplexen Mehrebenen-systems der Asylverwaltung wahrnahmen (vgl. Kapitel 5.1), verdeutlicht aber auch die gewachsene Rolle der Akteur*innen in den Kommunen.

Ich zeige anhand der Zukunftsvisionen der Freiwilligen in meinem Forschungsfeld auf, welche Vorstellungen sie in Bezug auf ein Zusammenleben mit Zugewanderten in Leipzig haben und welche Wünsche und Forderungen sie dadurch entwickeln. Die Beschreibungen der Integrationskonzepte und diese Visionen, welche ich beide im Bereich von Integrations*ergebnissen* sehe, sind sich nicht unähnlich. Umso interessanter ist es, die Probleme der Integrations*prozesse*, die sich aufgrund ihrer strukturellen Nachrangigkeit ergeben (vgl. Kapitel 5), in den Blick zu nehmen. Die Zukunftsvorstellungen interpretiere ich als roten Faden, als leitendes Motiv und als Stütze für die Entscheidungen, die jetzt in der Gegenwart getroffen werden. Die Unzufriedenheit zahlreicher Freiwilliger, die sich in ihrem Handeln zeigte, deute ich als sichtbare Effekt dieser Reibung von gegenwärtigen Bedingungen und Zukunftsvisionen.

6.1 Zur Integrationspolitik in Leipzig und Sachsen

Unter den Freiwilligen, mit denen ich gesprochen habe, existierten moralische Vorstellungen von einem zukünftigen gemeinsamen Leben mit Zugewanderten in Leipzig, die aufgrund der strukturellen Gegebenheiten zur Zeit meiner Feldforschung noch keine ihnen entsprechenden Institutionen und Mechanismen etabliert hatten. Die Idee, so etwas wie eine *Willkommenskultur* auf Geflüchtete zu beziehen, auch gegenüber denen, deren Asylstatus noch ungeklärt ist, ist in Deutschland als Diskurs und Policy neu und wurde maßgeblich durch das Handeln der Engagierten mitgetragen (vgl. Kapitel 2). Freiwillige wurden durch ihre Unterstützung Zeugen praktischer Probleme, Hoffnungen und Grenzen von Asylprozessen, wodurch die Frage des Bleibens nicht nur technisch – im Sinne von Hilfe beim Ausfüllen von Dokumenten – sondern auch emotional begleitet wurde und so auch auf dieser Ebene Teil ihrer Wahrnehmung wurde (vgl. Kapitel 3).

Daher ist die Frage »Welche Institutionen und Organisationen etablieren sich?« eine, die nicht nur auf dieser institutionellen Ebene beantwortet werden kann (vgl. Kapitel 4 und 5), sondern darüber hinaus beinhaltet die Aushandlung der Etablierung sowohl Policy-Wechsel und diskursive Debatten in der Vergangenheit einerseits und andererseits aber auch die Auseinandersetzung mit der Zukunft. Als Startpunkt dieser Betrachtungen erläutere ich den Stand der institutionellen Integrationspolitik in Leipzig und Sachsen. Aufgrund des Fokus meiner Arbeit auf »nicht-staatliche« bzw. »zivilgesellschaftliche« Unterstützungsstrukturen, konzentriere ich mich in der Analyse auf die Bereiche »Sozialräumliche Integration«, »In-

terkulturelle Orientierung und Öffnung«, »Politische Teilhabe« als Handlungsfelder, die die Stadt Leipzig in ihren Integrationskonzepten definiert (2012: 4; vgl. auch Stadt Leipzig 2020a: 3) sowie die Finanzierung der dafür relevanten Strukturen.

6.1.1 Leipzig: »Vielfalt leben«?

Leipzig gilt, was die Offenheit gegenüber vielfältigen Lebensweisen und Biografien betrifft, als Leuchtturm in Sachsen. Vermutlich ist der Kontrast zum Umland auch deswegen so deutlich, weil die Stadt eine Sogwirkung auf Menschen hat, die kleinstädtischen oder rassistischen Milieus im Leipziger Umland entfliehen wollen.

Anhand eines Vergleichs der Integrationskonzepte von 2012 und dessen Fortschreibung von 2020 zeige ich auf, dass die Stadt vergleichsweise⁴ früh begonnen hat, sich mit der Integration von Menschen in die Stadt und die Stadtteile auseinanderzusetzen und dadurch zu einem Selbstbewusstsein gelangt ist, das sich im Titel »Vielfalt leben« des Integrationskonzeptes 2020 wiederfindet.⁵

Das im Jahr 2012 veröffentlichte »Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten der Stadt Leipzig« (im Folgenden Integrationskonzept genannt) spricht ganz konkret Probleme an, die auch später, das heißt im Forschungszeitraum, relevant waren. Dies verdeutlicht, dass ein Bewusstsein über bestehende Problemfelder und eine Bereitschaft zur Selbstkritik in der Stadtverwaltung vorhanden war. Im Folgenden zitiere ich eine längere Passage aus dem Konzept, die eine Art Bestandsaufnahme aus der Perspektive der Stadtverwaltung darstellt:

»Die Herausforderungen, die sich aus dem für ostdeutsche Verhältnisse hohen Anteil von Migrant/-innen unterschiedlicher Herkunft und dem nicht minder hohen Anteil an erwerbsloser Bevölkerung, beispielsweise im Leipziger Osten ergeben, spiegeln sich in einer Vielzahl vorhandener Integrationsmaßnahmen wider, deren Träger bundesweite Wohlfahrtsverbände, Ministerien, kommunale Verwaltung oder von der Stadt Leipzig kofinanzierte Einrichtungen sowie verschiedene Vereine und Initiativen sind. Längerfristige integrationsunterstützende Angebote (z.B. Migrationsdienste, Jugendfreizeiteinrichtungen, soziokulturelle Zentren) sind im Stadtteil bekannt und werden bis an die Grenzen der Kapazitäten genutzt. Andere, meist befristete, projektbezogene Angebote erreichen Migrant/-innen oft nur unzureichend. In Stadtteilen mit einem hohen

4 Referenzpunkte sind andere ostdeutsche Kommunen.

5 Was in Sachsen tatsächlich besonders ist, ist gleichzeitig jedoch kein Musterbeispiel an Welt-offenheit: Zugewanderte Leipziger*innen berichten von zahlreichen Diskriminierungserfahrungen in Leipzig, es gab und gibt beständig asylkritische Stimmen und die AfD konnte in den letzten Jahren bei jeder Wahl mehr Stimmen gewinnen (11 Plätze im Stadtrat, Stand November 2020).

Zuwanderungsanteil sind solche Projekte verschiedener Träger vermehrt vertreten, existieren jedoch zum Teil nebeneinander und in unterschiedlicher Qualität. Viele Projekte richten sich an Migrant/-innen als Zielgruppe, wurden jedoch nicht mit Migrant/-innen entwickelt und umgesetzt, was ihre Wirkung beeinträchtigt und damit den Erfolg der Maßnahme in Frage stellt [...]. Zu bedauern ist, dass auch erfolgreiche Projekte in der Regel nicht über den Projektzeitraum hinaus finanziell abgesichert werden können [...]. Aber Integration läuft nicht nur im Rahmen von zeitlich befristeten Projekten ab, sondern vollzieht sich in der alltäglichen Arbeit vieler kommunaler Einrichtungen in den Stadtteilen. Besonders wirkungsvoll ist sie dann, wenn eine Unterstützung durch Sprachmittler zur Verfügung steht [...], Mitarbeiter selbst einen Migrationshintergrund haben, Migrant/-innen einbezogen und engagiert sind [...], und wo Mitarbeiter offen auf Zugewanderte reagieren und Bedürfnissen dieser Gruppe entgegenkommen können.« (Stadt Leipzig 2012: 61f.)

Dieses ausführliche Zitat vermittelt einerseits einen Eindruck davon, welches Wissen die Stadtverwaltung über die Verteilung und Struktur von Integrationsarbeit innerhalb der Stadt hat und andererseits, wie sie diese Zustandsbeschreibung bewertet. Ich lese aus diesen Ausführungen abermals eine bereits in Kapitel 2 herausgestellte grundsätzliche Offenheit gegenüber dem »[N]ebeneinander« unterschiedlicher Projekte heraus. Es ist aber auch eine deutliche Präferenz gegenüber langfristigen Projekten erstens und zweitens Projekten, die Zugewanderte oder Menschen mit »Migrationshintergrund« in die Organisation bzw. ins Alltagsgeschehen einbeziehen, zu erkennen. Im weiteren Text des Integrationskonzeptes wird gegenüber beiden Punkten ein Bedauern über den Ist-Zustand ausgedrückt. Auch die fehlende finanzielle Absicherung wird bedauert. In Leipzig sei auch das Bewusstsein über die Chancen von Migration noch nicht ausreichend vorhanden. So heißt es: »Nicht immer gelingt es den Akteur*innen im Stadtraum, die Ressourcen der Migranten/-innen zu erkennen und zu nutzen.« (ebd.: 64f.) Und: »Die öffentliche Wertschätzung und Anerkennung dieses Engagements von und für Migrant/-innen ist ausbaufähig.« (ebd.: 66)

Die Lebenssituation von Geflüchteten wird im Integrationskonzept von 2012 mit einem starken Bezug zur Unterbringungspolitik thematisiert, welche im selben Jahr ein hochaktuelles Thema ist (vgl. Kapitel 2.1.2): »Eine besondere Herausforderung bei der sozialräumlichen Integration stellt der Umgang mit Flüchtlingen in der Nachbarschaft dar.« (ebd.: 63) Es wird darauf verwiesen, dass das Unterbringungskonzept durch die Förderung von dezentralem Wohnen, neben einer »menschenwürdigere[n] Wohnsituation« auch »die Chance zur besseren Integration in die Stadtgesellschaft« verspricht (ebd.: 63). Das Jahr 2012 markierte einen Umbruch in der Unterbringungspolitik, der sich zunehmend auf das Thema der »Sozialräumlichen Integration« auswirken wird: Mit der Dezentralisierung der Un-

terbringung stieg die Anzahl der Nachbar*innen von Geflüchteten in Leipzig. Das Ziel der Leipziger Unterbringungspolitik ist der gemeinsame Sozialraum. Dort, so führt das Integrationskonzept aus, »vollzieht« sich die »Integration von Migrantinnen und Migranten [...] zunächst« (ebd.: 64). Weiter heißt es: »Hier wird der Alltag organisiert, werden erste Kontakte zu Nachbarn und zu kommunalen Einrichtungen geknüpft und damit die Weichen für eine erfolgreiche Integration in die Mehrheitsgesellschaft gestellt.« (ebd.: 66) Die Stadt Leipzig nennt als »Handlungsbedarf und -empfehlungen« (ebd.: 63):

»Positive Ansätze, die Vielfalt fördern und den sozialen Zusammenhalt im Stadtraum stärken, müssen verstärkt kommunal gefördert werden. Über Fachförderlinien kann die Stadt Leipzig ihre Unterstützung für Vereine und Initiativen in ihrem Engagement für die Integration von Migrant/-innen ausbauen, bürgerschaftliches, soziales und sportliches Engagement stärken – mit dem Ziel, die Selbsthilfe, Nachbarschaftsbeziehungen und die politische Partizipation zu fördern. Die Bewohner der einzelnen Stadtteile müssen dazu motiviert werden, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten und es muss entsprechende Rahmenbedingungen und Angebote geben, dies umsetzen zu können.« (ebd.: 63f.)

Dazu sollen bestehende Angebote »besser miteinander vernetzt, koordiniert und abgestimmt werden« (ebd.: 66). Es wird zudem deutlich gemacht, dass das Ziel sein sollte, dass »letztendlich die Regeldienste stärker von Migrant/-innen in Anspruch genommen werden« (ebd.). Das heißt, dass auch hier die Zielsetzung ist, bestehende Dienstleistungsangebote verstärkt für Zugewanderte zugänglich und ohne Hürden nutzbar zu machen, anstatt eine Trennung der Angebote zwangsweise aufrechtzuerhalten. Dies verdeutlicht, dass schon 2012 im Zuge der Entwicklung und Umsetzung des dezentralen Unterbringungskonzeptes Fragen nach den Möglichkeiten der System- und Sozialintegration von Zugewanderten Gegenstand eines Integrationskonzeptes waren. Vergleicht man dies mit den Ergebnissen der Studie von Schammann et al. (2020) ist Leipzig 2015/2016 damit anderen, vor allem kleineren, deutschen Kommunen ein kleinen Schritt vorausgewesen.

Im Jahr 2020 hat die Stadt Leipzig das Integrationskonzept fortgeschrieben. Seitdem sind nicht nur die »migrantische Bevölkerung« in der Stadt gewachsen (Stadt Leipzig 2020a: 41), Leipzig als Stadt ist im vollumfänglichsten Sinne gewachsen. Der Zuzug von Menschen, die wirtschaftliche Lage, der internationale Ruf der Stadt – Leipzig vergrößert sich scheinbar unaufhaltsam.⁶ Der Vergleich der beiden Integrationskonzepte 2012 und 2020 – vor und nach meinem Forschungszeitraum – soll einen Eindruck davon vermitteln, wie Integration stadtpolitisch

6 Im Jahr 2004 betrug die Bevölkerung insgesamt 498.491, 2012: 520.838; 2015: 560.472 und 2019: 593.145 (Stadt Leipzig 2020d). Das sind fast 100.000 Menschen mehr innerhalb von 15 Jahren.

verhandelt wird und wie das Thema repräsentiert wird. Die gestiegene Aufmerksamkeit auf die Stadt und das zunehmende Interesse an Migrations- und Integrations-themen seit 2015/2016 sind nicht spurlos am neuen Integrationskonzept vorbeigegangen. Es erscheint in einem anderen, selbstbewussteren Erscheinungsbild: Es fällt sofort ins Auge, dass das neue Dokument zwar nicht umfangreicher ist, sich aber auf mehr Seiten den Platz nimmt, die Informationen übersichtlicher zu gestalten, einerseits durch variierende typografische Hervorhebungen, andererseits mithilfe von Diagrammen. Es gibt zum Beispiel auch zu Beginn ein Kapitel »Hinweise zur Nutzung« (Stadt Leipzig 2020a: 12ff.). Insgesamt wirkt dieses Dokument aufwändiger gestaltet und lesefreundlicher. Man gewinnt den Eindruck, die Stadt Leipzig möchte wirklich, dass dieses Konzept gelesen wird. Das Integrationskonzept 2012 hingegen ist optisch eher schlicht und eintönig gehalten. Insbesondere vor 2012 waren Integrations- und Migrationsthemen nicht neu, aber deren gesellschaftliches Interesse war nicht so breit. Die Erfahrung der Stadt Leipzig mit dem Unterbringungskonzept war eher, dass viel Gegenwind aus der Bevölkerung kommt. Betrachtet man die beiden Dokumente nebeneinander scheint es fast, so eine mögliche Interpretation, als habe sich die Stadt nach 2012 viel bewusster zu den Punkten bekennen können und mehr Erfahrung in deren Umsetzung gewinnen können. Zur Veranschaulichung habe ich im Folgenden jeweils die Titelseiten und eine Seite aus dem Konzept gegenübergestellt (vgl. folgende Gegenüberstellung der Integrationskonzepte Leipzigs 2012 und 2020).

Während das Titelblatt des Integrationskonzeptes von 2012 (Abb. 11) eine Collage einzelner Bilder von Menschen ist, stellt das Titelblatt der Fortschreibung des Konzeptes (Abb. 12) den griffigeren Zusatztitel »Vielfalt leben« bunt in den Mittelpunkt. Im Hintergrund ist verschwommen Menschengetümmel zu sehen, rechts ist die »Blehbüchse« erkennbar, die deutlich macht, dass das Geschehen in der Leipziger Innenstadt stattfindet.⁷ Dieses Bild vermittelt Bewegung der Menschen und Statik in der Bebauung: eine lebendige Stadt im Wandel inmitten beständiger Strukturen. Und so zeigt auch der folgende Vergleich der beiden Abbildungen 13 und 14, die beide die Einleitung zum gleichen Kapitel mit nahezu dem wortgleichen Text zeigen, dass die integrationspolitische Linie der Stadt Leipzig sich nicht sehr verändert hat, aber im Jahr 2020 anders dargestellt wird:

Unter dem Titel »Vielfalt leben: Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten: Fortschreibung« werden die Gedanken aus dem ersten Integrationskon-

7 Die »Blehbüchse« ist ein am »Ring« – der Straße, die den Hauptverkehr um die Innenstadt leitet – situiertes Warenkaufhaus als optisches Symbol und mit langer Geschichte, das gut sichtbar und erreichbar für jeden ist. Sie hat viel diskutierte Umwandlungsprozesse durchgemacht und kann somit auch ein Symbol für die Gleichzeitigkeit von Wandel und Persistenz in der Stadt gesehen werden, zwischen Vergänglichem und bestehenbleibenden Strukturen (wie eine Assemblage).

Links: Abbildung 11: Titelblatt des Integrationskonzeptes der Stadt Leipzig von 2012.

Rechts: Abbildung 12: Titelblatt des Integrationskonzeptes der Stadt Leipzig von 2020.



Quellen: Abb.11: Stadt Leipzig 2012. Abb. 12: Stadt Leipzig 2020a.

zept zusammengebracht mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept »Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK)« aus dem Jahr 2018. Aus letzterem sind auch die darin »formulierten strategischen Ziele der Stärkung der Internationalität und der Schaffung von sozialer Stabilität« (Stadt Leipzig 2020a: 9) übernommen worden.⁸ Diese sind: »Weltoffene Stadt«, »Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt« und »Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung« (ebd.). Viel prägnanter und verschlagwortet findet sich der Grundgedanke in zahlreichen Ausführungen wieder: Integration ist Querschnittsthema.⁹ »Vertiefend wurde die Integration von Migrant/-innen als Querschnittsthema Integration und Vielfalt im INSEK festgeschrieben und durch den Stadtrat am 31.05.2018 bestätigt. Damit sind die Belange

8 »Das Gesamtkonzept zur Integration ordnet sich dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept »Leipzig 2030« unter und wird gleichzeitig durch die detaillierteren Fachplanungen der einzelnen Ämter ergänzt, die z.T. auch dort das Thema Integration von Migrant/-innen aufgreifen« (Stadt Leipzig 2020: 12).

9 Im Integrationskonzept von 2012 heißt einer von vier »Zielbereiche[n]«: »Migrantenarbeit als Querschnittsaufgabe« (Stadt Leipzig 2012: 6).

Links: Abbildung 13: Titelblatt Kapitel 4, Integrationskonzept Leipzig 2012.

Rechts: Abbildung 14: Titelblatt Kapitel 4, Integrationskonzept Leipzig 2020.



4. Handlungsfeld

Sozialräumliche Integration

Angesichts des abnehmenden Integrationspotentials anderer Lebensbereiche – hier vor allem des Arbeitsmarktes – gewinnt sozialräumliche Integration an Bedeutung:

In allen größeren Städten trifft in bestimmten Wohngebieten eine sozial besonders benachteiligte deutsche Einwohnerschaft mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten zusammen. Um der sozialen Benachteiligung und der Verdichtung von Problemlagen in solchen Stadtteilen entgegenzuwirken bzw. diese sozial zu stabilisieren, wird auch in Leipzig mit Hilfe von integrierten Förderprogrammen und engagiertem Quartiersmanagement seit einigen Jahren die dortige Stadtteilentwicklung in besonderem Maße unterstützt. Hier gilt es, auch bei zurückgehendem Fördervolumen den durchaus erfolgreichen Prozess fortzuführen, um Vielfalt und sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern, auch unter Nutzung der familiären, ethnischen, nachbarschaftlichen und religiösen „Sozialräume“ der Migrantinnen und Migranten.

Eine wichtige Grundlage für die Ermittlung der Stadträume, in denen besonderer Handlungsbedarf geboten ist, stellt das integrierte Stadtentwicklungskonzept dar, in dem konkret Schwerpunkte und Maßnahmen benannt werden.

Quellen: Abb. 13: Stadt Leipzig 2012: 60. Abb. 14: Stadt Leipzig 2020a: 40.

der Migrantinnen und Migranten fester Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung.« (Stadt Leipzig 2020a: 9) Passend dazu haben an diesem Konzept zusätzlich zu »[d]en Vertreterinnen und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung, dem Migrantenbeirat« diesmal auch die »Aktiven aus der Integrationsarbeit« mitgearbeitet, wie im Vorwort von Oberbürgermeister Jung erwähnt wird (ebd.: 4). Auffallend ist auch, dass 2020 die Rolle vom »Ehrenamtlichen Engagement« (ebd.: 46) thematisiert und gewürdigt wird:

»Dazu gehört auch die öffentliche Wertschätzung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements. Sie spielt eine große Rolle für die Motivation, sich zu engagieren und kann nicht oft genug erfolgen. Eine Anbindung an hauptamtliche Strukturen und der Zugang zu Qualifikationsangeboten und Supervision ist im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft.« (ebd.: 46)

Im Vorgänger-Konzept ist hingegen entweder von dem »bürgerschaftlichen Engagement in Vereinen und Initiativen, in religiösen Gemeinden«, von »Nachbarschaftshilfe« die Rede (vgl. Stadt Leipzig 2012: 66) oder von »Nachbarn« (ebd.: 66) und »Bewohner[n] der einzelnen Stadtteile« (ebd.: 64) die Rede. Im Wording der

Konzepte erscheint es, als ob »Ehrenamtliches Engagement« als Akteur*in im Feld dazu gekommen sei. Wo vorher formelle Vereine oder Nachbarn die Akteur*innen der Aufnahmegesellschaft waren, sind Engagierte als neue Kategorie hinzugekommen. De facto gab es schon 2012 Freiwillige in den entstehenden Versorgungslücken. Was aber bedeutet es, wenn nun die Freiwilligen gewürdigt werden sollen und es nicht die Nachbar*innen sind, die für die sozialräumliche Integration angesprochen werden? Man könnte diese Entwicklung als einen weiteren Hinweis dafür interpretieren, dass die Erfahrung, dass sozialräumliche Öffnung nicht »einfach« passiert, dazu geführt hat, Engagierte als Schlüsselfiguren in Bezug auf diese Öffnung anzuerkennen. Dafür wird es geplant und koordiniert, damit die Integration von Geflüchteten in *irgendeinem* Sozialraum gelingen kann. Das ist vielleicht nicht der, den Geflüchtete mit ihren Nachbar*innen teilen, aber einer, der sie mit jemandem aus der Stadt verbindet. In den Integrationskonzepten wird angesprochen, wie unterschiedlich die Offenheit in den Stadtteilen gegenüber Geflüchteten ist, da erscheint das Engagement als Möglichkeit, auch die strukturellen Lücken in der Sozialraumöffnung zu schließen.

6.1.2 Sachsen: Fehlende Integrationspolicy vor 2015

Die gestiegene Zuwanderung in Deutschland hat auch auf Landesebene eine Intensivierung der konzeptuellen Arbeit zum Thema Integration in Sachsen bewirkt. Für die langfristige Mitgliedwerdung Zugewanderter gab es auf Landesebene vor 2015 keine politischen Konzepte. Diese Nichtbeschäftigung mit dem Thema begrenzte kommunale Handlungsspielräume, weil Aufgaben nicht definiert wurden und somit nur von den Kommunen als *Freiwillige Aufgaben* übernommen werden können. Auch dadurch »rutschen« Aufgaben Hauptamtlicher in die Praxis der Freiwilligen.

Schon im Unterbringungskonzept von 2012 weist die Stadt Leipzig darauf hin, dass im Sächsischen Integrationskonzept Geflüchtete und Geduldete nicht erfasst sind und dies als Begrenzung kommunaler Handlungsspielräume wahrgenommen wird (2012: I/8). Auf einer Podiumsdiskussion am 18.06.2018 weist Petra Köpping in ihrem Redebeitrag darauf hin, dass besagtes Integrationskonzept von 2012 nicht mal das Wort »Flüchtling« enthielt (vgl. Stiftung Bürger für Leipzig. 2018a). Dass dies so war, ist einerseits ein Zeichen dafür, dass die Zahl der Asylanträge lange sank, bis ihr erneuter Anstieg 2012 deutlich sichtbar wurde und das Thema dementsprechend gesellschaftlich weniger relevant war als beispielsweise die Integration von schon in Leipzig lebenden Zugewanderten. Andererseits zeigt dies aber auch, dass Integration und Geflüchtete lange nicht zusammengedacht wurden.

Im weiteren Verlauf der Podiumsdiskussion thematisierte Köpping die Nachteile der in Kapitel 5.1 beschriebenen rechtlichen Konstruktion von Integrationsaufgaben als *Freiwillige Aufgaben* für die Kommunen. Köpping führte an, dass Kommunen wie Leipzig, die als *Freiwillige Aufgabe* eine Flüchtlingssozialarbeit integrieren

ren damit jederzeit Gefahr laufen, durch die Kommunalaufsicht gemäßregelt¹⁰ zu werden (vgl. Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10). Gleichzeitig argumentiert sie, dass sich Sachsen am Beginn eines infrastrukturellen Entwicklungsprozesses befindet: Flüchtlingsarbeit gebe es in Sachsen offiziell erst seit dreieinhalb Jahren, also seit Anfang 2015:

»Das bitte ich immer, das nicht zu vergessen: ...dass es das Thema Integration auch tatsächlich erst seit dreieinhalb Jahren (in Sachsen) gibt. Es hat immer Freiwillige gegeben, es hat immer Integrationskurse gegeben, durch den Bund geförderte Maßnahmen gegeben. Aber es hat keine Maßnahmen durch das Land Sachsen selber gegeben. ... Insofern haben wir tatsächlich überhaupt erst 2015 mit der intensiven Integrationsarbeit in Sachsen begonnen. ... so flächendeckend wie wir das heute haben, hat es das einfach in Sachsen nicht gegeben durchs Land gefördert. Das ist das eine. Und das andere ist, dass wir auch keine Strukturen deswegen vorgefunden haben – wir mussten sie alle neu schaffen. Das heißt wir haben sowohl vom Hauptamt her alles neu schaffen müssen: Da denke ich zum Beispiel an die Flüchtlingssozialarbeit. Jetzt sind wir natürlich wieder in Leipzig, die haben das gehabt; aber die anderen Landkreise oder Dresden oder Chemnitz, die hatten das so in dieser Form eben nicht. Das zweite ist eben, dass wir natürlich auch bestimmte Initiativen, die sich mit Flüchtlingsarbeit beschäftigen, unterstützt haben: In Leipzig den Flüchtlingsrat, die Villa ... wo wir als Land sogenannte integrative Maßnahmen gefördert haben.« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 2)

Köpping deutet hier nur an, weil es unter den Teilnehmenden *common sense* ist, dass Leipzig im Vergleich zu den Integrationspolicies auf Landesebene besondere Regelungen hat, wie zum Beispiel Soziale Arbeit in allen Unterkünften seit 2012 als kommunale *Freiwillige Aufgabe* (vgl. Kapitel 2 und 5). Diese Entwicklungen, die sich hier auf Landesebene andeuten, stehen im Kontext eines breiteren »gewachsene[n] Interesse[s] an integrationspolitischen Maßnahmen in den ostdeutschen Bundesländern« (Canan et al. 2018: 21). In der folgenden Tabelle stelle ich die Entwicklung der institutionellen Ebene der integrationspolitischen Maßnahmen Sachsens chronologisch dar:

10 Die Maßregelung könne erfolgen, weil Leipzig die Soziale Arbeit in den Unterkünften als *Freiwillige Aufgabe* ausführt und dafür mehr Ausgaben hat, als für die Unterbringung als *leistungsgebundene Aufgabe* vorgesehen ist. Da auch Leipzig, wie alle Kommunen, im Zuge der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten 2015 und 2016 den Haushaltsrahmen überspannt hat, werden als erstes die *Freiwilligen* Leistungen der Stadt gemäßregelt.

Tabelle 4: Entwicklung der Institutionen der Integrationspolitik Sachsens 1992-2019

1992	Sächsischer Ausländerbeauftragter
2012	Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept
03/2014	Sächsischer Beirat für Migration und Integration
11/2014	Staatsministerin für Gleichstellung und Integration
04/2018	Sächsisches Zuwanderungs- und Integrationskonzept II
2019	Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ehem. Staatsministerin für Gleichstellung und Integration)

Es wird deutlich, dass mit der Steigerung der Zuweisungszahlen beginnend 2012 die Thematik erst allmählich institutionalisierte Organisationsstrukturen fand. Man kann sagen, dass das, was Anfang der 90er Jahre in Bezug auf die Infrastrukturen der Unterbringung Asylsuchender in Sachsen neu geschaffen werden musste (vgl. Kapitel 2.1.2),¹¹ nun in Bezug auf die Systemintegration von Geflüchteten in Gang gesetzt werden musste.

Im aktuellen Integrationskonzept Sachsens »Zuwanderung und Integration gut gestalten – Zusammenhalt leben: Zuwanderungs- und Integrationskonzept II des Freistaats Sachsen« (Staatsministerin für Gleichstellung und Integration 2018a) werden »aktuelle Entwicklungen, Chancen und Aufgaben [berücksichtigt]. Dazu gehören insbesondere die humanitäre Verantwortung und Solidarität für Flüchtlinge.« (Köpping 2020a) Es wurde gemeinsam mit einem »Umsetzungsplan für einen welt-offenen und zukunftsorientierten Freistaat Sachsen« verabschiedet, der eine ausführliche Übersichten über Zielgruppen, Maßnahmetitel, Kurzbeschreibung und Verantwortlichkeiten/Beteiligte in verschiedenen gesellschaftlichen Handlungsfeldern bietet (vgl. Staatsministerin für Gleichstellung und Integration 2018b). Das heißt, dass es mittlerweile neben der Beschreibung der Integrations**ergebnisse** auch genauere Beschreibungen über die Umsetzung, das heißt die Integrations**prozesse**, gibt. Dies hat sich erst nach meinem unmittelbaren Forschungszeitraum entwickelt. Angesichts dieser grundsätzlichen inhaltlichen Veränderung in der Fortschreibung des Integrationskonzeptes kann man davon sprechen, dass die im Forschungszeitraum geäußerten Erfahrungen und Kritik der Akteur*innen Eingang in die konzeptuelle Arbeit mit dem Thema Integration in Sachsen gefunden haben. Petra Köpping wird auf der Internetseite des Integrationskonzeptes wie folgt zitiert: »Wir befinden uns in einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess,

11 Nach 1990 erfolgten die ersten Zuweisungen von Geflüchteten in das Gebiet der ehemaligen DDR. Für deren Unterbringung gab es weder eine vorhandene Verwaltungs- noch Infrastruktur. Dies alles musste unter hohem Zeitdruck neugeschaffen werden (vgl. Kapitel 2.1).

der seine Zeit dauern wird, aber gestaltet werden muss. Eine aktive Integrationspolitik ist eine Investition in die Zukunft des Freistaates Sachsen.« (Köpping 2020b)

Bestehende Forderungen betreffen die Überarbeitung der Rechtsgrundlagen, da diese offensichtlich die Aufgaben im Zusammenhang mit der Integration von Geflüchteten bisher nicht oder nicht ausreichend thematisiert haben. Daraus folgte auch die Rückstellung in der finanziellen Zuwendungshierarchie (vgl. Kapitel 5.1.1). Diese Rückstellung hängt zum einen mit der rechtlichen Verteilung kommunaler Aufgaben zusammen, die wiederum mit den jungen Integrationsstrukturen in Sachsen und der Effizienzsteigerung kommunaler Wirtschaftlichkeit zusammenhängt.

Petra Köpping plädiert daher für die Verfassung eines Sächsischen Integrationsgesetzes, das kommunale Pflichtaufgaben im Bereich der Integration in Sachsen definieren und somit finanziell absichern könnte. »Wenn wir ein Integrationsgesetz in Sachsen hätten, könnten wir uns hier vieles sparen: Was muss Kommune, was Haupt-/Ehrenamt machen – Aufgabenteilung muss geregelt werden [...]. Leidige Antragsgeschichten könnten damit institutionelle Förderung werden.« (Stiftung Bürger für Leipzig 2018a: 10)

Es wird deutlich, dass die Aufgabenunklarheit und die mangelnde Entwicklung einer langfristig angelegten rechtlichen und politischen Grundlage für die Integration von Geflüchteten in Sachsen miteinander zusammenhängen. Integration scheint also auf die Eigeninitiative von Freiwilligen und freien Trägern angewiesen zu sein. Diese können zwar gemäß dem Subsidiaritätsprinzip finanziell von staatlichen Strukturen unterstützt werden, diese Fördermittelstrukturen sind aber eng verbunden mit politischen Diskursen und Policies.

6.2 Die Rolle der Fördermittelvergabe bei der Etablierung von Strukturen in der Geflüchtetenhilfe

Die Frage der Etablierung einer Organisation ist eng mit Finanzierungsfragen verknüpft (vgl. Karakayali 2018: 13). In den Kapiteln 4 und 5 habe ich aufgezeigt, wie Freiwilliges Engagement erhebliche Lücken, insbesondere in Bezug auf die Sozialintegration von Geflüchteten, ausfüllt. Neben der begrenzten kommunalen Förderung kommen vor allem staatliche Fördertöpfe aus den übergeordneten Ebenen zum Einsatz. Durch die Existenz mehrerer Bezugsquellen von finanziellen Ressourcen sinkt die Kontrollmöglichkeit der einzelnen Fördermittelgeber (vgl. DeLanda 2006: 76f.). Auf allen Ebenen ist das Volumen der Fördertöpfe zwar erhöht worden (vgl. Kapitel 6.1.2), deren Ausschöpfung ist allerdings an Bedingungen geknüpft, die in der Praxis vor allem zu Nachteilen in der Organisation von Unterstützungsstrukturen gesorgt hat und die dem Integrationsverständnis der Organisationen sowie dem Land widersprechen.

6.2.1 Traditionen und Neuland in der Finanzierung von Engagement

Während die Förderung von Engagement im Allgemeinen eine längere Tradition in Deutschland hat, war die Förderung niedrigschwelligen Engagements für Geflüchtete für zahlreiche Geldgeber »Neuland« (Karakayali et al. 2018: 22). Wie in Kapitel 4.1.2 unter dem Stichwort der »*Modernisierung der Kommunalverwaltungen*« beschrieben, wurde Engagementförderung nach der Jahrtausendwende mehr und mehr zum Kennzeichen des Ausbaus nicht-staatlicher Strukturen. Weil den Kommunen durch Steuersenkungen die finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung »vieler öffentlicher Einrichtungen« (Karakayali et al. 2018: 22) entzogen wurden, wurde freiwilliges Engagement als eine Art Kompensation dieser Strukturentwicklungen interpretiert (ebd.: 22). Die in diesem Zusammenhang beobachteten Prozesse der Entwicklung von Wohlfahrtsverbänden »in Richtung ›soziale Dienstleistungsunternehmen‹ und die Adressierung von Bürger*innen als »zu aktivierende Elemente« (Schäfer 2009: 20) verdeutlichen, dass die Frage der Finanzierung von Aktivitäten im Grenzbereich von ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ immer als »Versuch einer Neubestimmung des Verhältnisses von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und BürgerIn verstanden werden« muss (ebd.: 20).

Angesichts dieser bestehenden Prozesse der Förderung des Engagements: Was bedeutet das nun für die finanzielle Förderung der Unterstützungsstrukturen für Geflüchtete? Inwieweit kann man von einer »staatlichen Indienstnahme des Engagements« sprechen und davon, dass sich der Staat »zentraler Aufgaben entledigen« könne (van Dyk und Misbach 2016: 213ff.; vgl. Karakayali et al. 2018: 23)? Im Folgenden argumentiere ich dafür, im Sinne der *Assemblage Theory*, die Gleichzeitigkeit all dieser Prozesse nachzuvollziehen und aus der Analyse ihres Zusammenwirkens Schlüsse für die Beantwortung dieser Frage zu ziehen.

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass Top-down-Prozesse wie die Neoliberalisierung staatlicher Aufgaben in Kombination mit lokalen Gegebenheiten und Prozessen wie Verwaltungsnotstand, Subsidiarität, freiwilliges Engagement miteinander agieren (durch die Akteur*innen). In Kapitel 4 habe ich die Gleichzeitigkeit von Bottom-up-Bewegungen und Top-down-Prozessen ausführlich beschrieben. Die Entstehung von Unterstützungsstrukturen im Raum ›zwischen‹ ›Zivilgesellschaft‹ und ›Staat‹ ist auch das Ergebnis von erstens, überforderten Verwaltungsstrukturen, das heißt das Ergebnis einer Notsituation. Es ist zu beachten, *wie* nun die dauerhaften Integrationsaufgaben gemanagt werden. Was in der Notsituation passierte sollte nicht allein betrachtet werden, sondern ob sich diese Tendenzen verstetigen. Zweitens ist es das Ergebnis individueller Engagementbiografien (vgl. Kapitel 3) und drittens des gemeinsamen Lebensraumes »Stadt«, den die Freiwilligen mitgestalten wollen. Die starke Agency der Akteur*innen hat ihre Rolle in der Assemblage gestärkt. »Da Behörden auf freiwilliges Engagement in vielerlei Hinsicht angewiesen sind, haben sich die Freiwilligen zum

Teil eine starke Verhandlungsposition gegenüber den Behörden erarbeitet.« (Karakayali et al. 2018: 11)

Im Forschungszeitraum wurden diese bestehenden Top-Down-Prozesse neuverhandelt. Die Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, wurden immer wieder artikuliert und sind so zu empirischen Sichtfenstern geworden. Eines dieser Sichtfenster ist die Finanzierung, in der sich Entwicklungen abzeichnen, die auch auf dieses Insistieren der Akteur*innen zurückzuführen sind. Die weiteren Ausführungen dieses Kapitels werden diese These näher beleuchten.

6.2.2 Übersicht über Fördermittelvergabe im Forschungsfeld

Im Folgenden stelle ich die im Feld benutzten Quellen der Fördermittel zwischen 2014 und 2019 dar. Ich beziehe mich hier nur auf die mir im Feld genannten Fördermittel. Die folgende Übersicht ist daher keine komplette Darstellung aller existierenden Fördermittelgeber. Die Angaben, die sich auf die Zeit nach meiner Feldforschung (nach 2016) beziehen habe ich mit aufgenommen, weil in späteren Gesprächen und Diskussionsforen diese Fördermittelgeber offensichtlich zusätzlich relevant wurden. Dadurch wird die Entwicklung der Förderlandschaft sichtbar.

Stadt Leipzig

- Seit 2012: Sonderförderung SprInt-Mittel (Sprach- und Integrationsmittlungsdienst)¹²
- Seit 2017: Referat für Migration und Integration: Fachförderrichtlinie »Soziale Betreuung Flüchtlinge«¹³

Land Sachsen

- Seit 2006: Förderrichtlinie »Wir für Sachsen«¹⁴

12 »Die Ratsversammlung der Stadt Leipzig verabschiedete am 12.12.2012 das Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig. Damit beschloss sie auch die dauerhafte Etablierung eines Sprach- und Integrationsmittlungsdienstes, der der Gesamtverwaltung zur Verfügung steht.« (Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration 2020) Im Integrationskonzept der Stadt Leipzig ist sichtbar, dass die Stadt im Haushaltsjahr 2017/2018 die finanzielle Förderung der SprInt-Dienste mehr als verdoppelt hat (vgl. Stadt Leipzig 2020: 53).

13 Fachförderrichtlinie des Referats für Migration und Integration zur Vergabe von Zuwendungen an außerhalb der Stadtverwaltung stehende Stellen vom 16.09.17 (vgl. Stadt Leipzig 2020b).

14 »Den freiwillig Engagierten wird monatlich für mindestens 20 Stunden Engagement eine pauschale Aufwandsentschädigung von bis zu 40 Euro gewährt« (Sächsische Staatskanzlei 2020b).

- Seit 2015: Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz« (WOS)¹⁵
- 2017-2019: Richtlinie Integrative Maßnahmen Teil 1
- Seit 2019: Richtlinie Integrative Maßnahmen Teil 2

Bund

- Seit 1988: »Fonds Sozialkultur« (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien)
- Seit 2015: »Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug«
- Seit 2016: »Menschen stärken Menschen« (BMFSFJ)¹⁶

EU

- ESF-Fonds:
 - Seit 2005: Kleinprojektförderung »Lokales Kapital für soziale Zwecke im Freistaat Sachsen« (Anträge laufen über die Sächsische Aufbaubank [SAB].)¹⁷
 - Seit 2015: Sächsisches ESF-Programm »Nachhaltige soziale Stadtentwicklung«¹⁸

Privat

- Robert Bosch Stiftung
- Mitgliedsbeiträge

Diese Auflistung verdeutlicht die breite Streuung der Finanzierungsbezüge auf allen politischen Ebenen, sowie auch die Relevanz privater Geld- und Sachspenden. Es wird auch deutlich, dass sich die Förderlandschaft 2015 ausweitete und auf allen Ebenen zusätzliche Fördermittel bereitgestellt wurden. Je mehr finanzielle Quellen eine Organisation anzapfen konnte, desto mehr Personal konnte in der Folge hauptamtlich für sie arbeiten. Das Land Sachsen war der Förderer, den die meisten meiner Informant*innen, die Fördergelder bezogen als Fördermittelquelle angegeben haben. Dies verdeutlicht, dass zahlreiche Ressourcen der überkommunalen Ebene genutzt wurden.

15 »Seit dem 01. Januar 2015 liegt das Programm in der Verantwortung des Geschäftsbereichs der Sächsischen Staatsministerin für Gleichstellung und Integration« (Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt 2020).

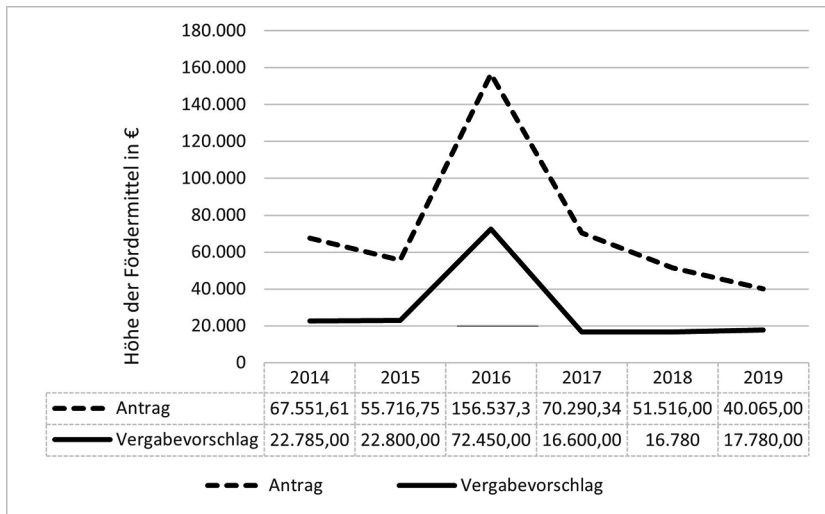
16 Bundesweites Patenschaftsprogramm (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2020).

17 Vgl. Sächsische Staatskanzlei 2020b.

18 Vgl. Sächsische Aufbaubank 2020.

Das folgende Diagramm (Abb. 15) zeigt beispielhaft die Fördermittelvergabe des Referats für Migration und Integration der Stadt Leipzig im Verlauf von 2014 bis 2019.

Abbildung 15: Übersicht über die Vergabe von Fördermitteln durch das Referat für Migration und Integration entsprechend der Fachförderrichtlinie im Zeitraum 2014-2019.



Quelle: Eigene Darstellung, Daten basieren auf den Listen zur Fördermittelvergabe (Stadt Leipzig 2020e).

Auffällig sind vor allem Anstieg und Abfall der beantragten und bewilligten Fördermittel um 2016 als Höhepunkt. Interessant ist auch, dass beide Werte mittlerweile unter das Niveau von vor 2014 gesunken sind. Da die neuesten Entwicklungen außerhalb meines Forschungszeitraumes liegen kann ich dazu nur Vermutungen anstellen: Die Komplexität des Feldes hat sich schon mit dem Ende des Haushaltsjahres 2015/2016 reduziert. Die Organisationen, die sich etabliert haben, haben dies nur geschafft, in dem sie ein erweitertes Fördernetzwerk aufbauen konnten. Durch Vereinsbildungen und damit zusammenhängend Einnahmen aus Vereinsmitgliedschaften, eventuell auch die vermehrte Akquirierung von Spendengeldern sind andere Einnahmequellen, die vielleicht langfristiger sind, ermöglicht wurden.

Ab 2018 steigt die Summe der vergebenen Fördermittel wieder leicht an. Dies deute ich als Bestätigung dafür, dass es keinen Abwärtstrend gibt im Bedarf an Förderung von Unterstützungsstrukturen. Insgesamt steigt die Quote der geförderten Anträge, was ein Hinweis dafür sein kann, dass sich ein Wissen über die

Chancen zur Förderung erhöht haben und der Verwaltungsaufwand nur noch betrieben wird, wenn die Chancen als realistisch eingeschätzt werden.

6.2.3 Projektförderung: »Integration ist ein Projekt in diesem Land«

Projektarbeit bedeutet, »dass der Antrag auf Fördermittel als Projekt mit *bestimmter Dauer* sowie mit *bestimmten Zielen* und *Methoden* formuliert werden muss, das auf *klar umrissene Problemlagen* antwortet und *überprüfbare Wirkungen* bei einer *definierten Gruppe* von Menschen erreicht« (Karakayali et al. 2018: 40; eigene Hervorhebung).

In meinem Forschungsfeld haben alle von mir Befragten die Projektförderung als problematisch beschrieben. Als Gründe führten sie jedes der im Zitat kursiv gedruckten Merkmale von Projektarbeit an. Diese Erfahrungen decken sich auch mit den Ergebnissen einer Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (Karakayali et al. 2018: 41).¹⁹ Trotz dieser Unzufriedenheiten in der Praxis, sind »Projekte« (63,8 %) und »Maßnahmen« (68,1 %) laut dieser Umfrage die häufigsten Förderinstrumente, gegenüber 17,5 % »Dauerförderung« (ebd.: 41). »Unter dem Stichwort ›Projektitis‹ wird in der Debatte um die Förderung des Engagements ein Problem verhandelt, das weit über den dritten Sektor hinaus bekannt ist.« (Karakayali et al. 2018: 40)

Im Folgenden gehe ich auf die von meinen Informant*innen problematisierten Aspekte im Zusammenhang mit der Projektförderung ihrer jeweiligen Organisation ein. Diese sehe ich auch als Definitionen einer empfundenen Abhängigkeit, wie es sie überall dort gibt, wo der Einsatz von Projektmitteln zu prekären Beschäftigungsverhältnissen führen kann, wie beispielsweise auch im Bereich der Wissenschaft (vgl. Brumann 2016: 133) oder in Kunst und Kultur. Auch dort wird dies immer wieder problematisiert und lässt alternative Finanzierungsmöglichkeiten entstehen. Dabei vermischen sich die Forderungen nach besserer Finanzierung mit Forderungen nach mehr Anerkennung. In der Auseinandersetzung mit Förderlogiken spielen übergeordnete Diskurse um politische, gesellschaftliche oder individuelle Anerkennung eine Rolle.

Die finanzielle Situation, in der sich die Akteur*innen in meinem Forschungsfeld befanden wurde mir das erste Mal deutlich, als im Herbst 2016 das Ende der Förderperiode auch in den Gesprächen Thema wurde. Das Haushaltsjahr 2015/2016 ging zu Ende und mehrere Gründungsmitglieder von verschiedenen Vereinen, die 2016 Fördermittel erhalten hatten und nun kurz vor Ende ihres ersten Förderjahres

19 In einem Mix aus quantitativen und qualitativen Erhebungsformaten wurden Vertretende von Organisationen aus Bayern, Berlin, Niedersachsen und Thüringen befragt (vgl. Karakayali et al. 2018: 14).

standen waren damit beschäftigt, bis Ende September die neuen Anträge zu stellen, um ihre Organisationsstruktur zu sichern (vgl. Interview Hans Wieler 7.09.16; vgl. Interview Julia Krause 20.10.16). In der gleichen Zeit sagte Sylvia Gössel, die im Februar 2016 die Koordination des Engagements für Geflüchtete sowie »Unterstützung bei Konzeption und Beantragung von Integration fördernde Maßnahmen« (Forum Bürgerstadt Leipzig 11.04.16: 3) im Referat für Migration und Integration übernommen hat, dass die Unterstützungsstrukturen für Ehrenamtliche *jetzt erst* entstünden; dass es da eine große Verzögerung gebe (vgl. Gedächtnisprotokoll Forum Bürgerstadt Leipzig 22.09.16). Das Unterstützungsangebot sollte den zusätzlichen Verwaltungsaufwand kompensieren, der meine Informant*innen nach eigenen Angaben viel Zeit kostete und durchweg als anstrengend empfunden wurde. »Verschwendung von Ressourcen« nannte Julia Krause diesen Verwaltungsaufwand in den Vereinen und Initiativen (Interview 20.10.16; vgl. Kapitel 5.4). Für sie sei diese Art der Arbeit »Ehrenamt 2.0«, weil sie durch die Zeit, die sie für die Anträge benötigt, letztendlich wieder bei ehrenamtlicher Arbeit rauskommt (ebd.: 20.10.16). In diesem Kontext sagte sie »Wir brauchen Strukturen, um das zu beantragen.« (ebd.: 20.10.16)

Damit möchte ich einen bedeutsamen Aspekt der Etablierung von Organisationen in der Flüchtlingshilfe ansprechen: Um Engagement zu fördern, braucht es hauptamtliche Strukturen. Je mehr Fördermittel eine Organisation bereits hat, desto mehr ›Zeit‹ konnte sie sich damit anhäufen, um weitere Fördermitelanträge zu stellen. Aufgrund der Kurzfristigkeit der meisten Fördermöglichkeiten (1 Jahr) benötigt dies in doch sehr engen Zeitfenstern immer wieder Arbeitszeit. Als Beispiel komme ich noch einmal zurück auf das Beispiel der »Kontaktstelle Wohnen«, ein Verein, der Wohnungspat*innen ausbildet und vermittelt (vgl. Kapitel 5.2). Wie bereits beschrieben, konnte der Verein durch einen Antrag auf finanzielle Förderung durch die Stadt Leipzig ab Frühjahr 2016 vier halbe Stellen finanzieren. Gründungsmitglied Andreas Dohrn beschreibt, dass sie dadurch personelle Ressourcen hatten, die wiederum Kapazitäten freimachten für die eigene strukturelle Entwicklung in Hinblick auf die Generierung neuer Fördertöpfe, neue Ehrenamtlichen-Pools, Auseinandersetzung mit dem Einsatzfeld (hier: Wohnungsmarkt verstehen, Lobbyarbeit), Kooperation und Koordination mit anderen Initiativen. Das seien essenzielle Kapazitäten gewesen, um die eigene Organisation weiterdenken zu können (Interview 30.05.16). Im Januar 2017 hatte die »Kontaktstelle Wohnen« bereits sieben hauptamtliche Stellen, im Ende 2017 waren es bereits 14 (vgl. Bohl 2020). Die Bedeutung von personellen Ressourcen und technischem Wissen für die erfolgreiche Antragstellung haben auch Karakayali und Kolleg*innen erhoben (vgl. 2018: 10).

Mehrere Menschen berichten mir im Herbst 2016 davon, dass sie sich für die Zeit ab dem 01.01.2017 arbeitslos gemeldet haben, um im Falle einer Nichtweiterförderung privat finanziell abgesichert zu sein. »9 Monate Förderung und dann?«

fragt Kirsten Müller (Interview 19.09.16). Dies zeigt, dass durch die Projektförderung eine Planungsunsicherheit einerseits für die Projekte als auch für die Akteur*innen selbst entstand. Es existierte »keine nachhaltige Förderungsstrategie«, stellen auch Karakayali und Kollegen in ihrer Studie fest (2018: 41). Mehr noch als die eigene finanzielle Unsicherheit wurde jedoch im Feld kritisiert, dass Integration auf diese Art und Weise finanziert wird. »Integration ist ein Projekt in diesem Land!« stellte Julia Krause beinahe wütend fest (Interview 20.10.16).

Das hatte auch Implikationen für die inhaltliche Gestaltung der Projekte und Organisationen. Die Bestimmungen der Projektanträge engten in der Wahrnehmung meiner Interviewpartner*innen die Offenheit der Aktionen und Organisationen ein. Viele sahen sich gezwungen, die genaue Projektentwicklung inklusive Teilnehmer*innenzahlen und Projektzielen vorab zu definieren, die aufgrund der dynamischen Situation und der Unerfahrenheit der meisten Akteur*innen nicht vorhersehbar waren. Die Effekte des Handelns waren nur schwer absehbar und im Herbst 2016 wusste noch niemand, wie auf nicht eingehaltene Projektziele reagiert wird. Kirsten Müller (Interview 19.09.16) beschrieb mir, dass sich in dem von ihr mitgegründeten Verein »Ideen weiterentwickeln während eines Projektes«, nämlich gerade durch ihre Offenheit dieser Entwicklung gegenüber. Dadurch verschieben sich erfahrungsgemäß Probleme und Fragestellungen in der Realität. Darin sieht sie einen Widerspruch zur Förderlogik, die darauf abzielt, Sachen vorher zu wissen, Zeitpläne einzuhalten, Zielgenauigkeit und Termine einzuhalten, und Erfolge messen zu können (Interview 19.09.16).

Auch Greta Miersch berichtete mir, dass sie die in der Projektanträgen anvisierten Kriterien für »Erfolg« schwierig findet, da auch ihrer Erfahrung nach alle Prozesse mehr Zeit brauchen, als sie im Kontext der Projektorientierung hatte (Interview 13.09.16). Als ein Best Practice-Beispiel erschien mir das Vorgehen von Julia Krause: Sie beschrieb mir im Interview (20.10.16), dass sie ihre Stelle in dem Verein sich selbst zugeschrieben hat. Sie hatte vor kurzem erst ihre Magisterarbeit in Ethnologie abgegeben. Daher war sie mit dem Konzept der Feldforschung vertraut und rechnete in die Projektplanung drei Monate teilnehmende Beobachtung ein, in denen sie keine messbaren Erfolge liefern muss, sondern erst einmal evaluieren kann, wie das Projekt, das sie startet, gut arbeiten kann. Ihr wurden zwei dieser Monate genehmigt, was sie im Nachhinein als sehr bedeutsam und gewinnbringend betrachtete.

Eine weitere Förderbedingung, die unter den gegebenen Umständen ausschließend wirken konnten war, dass das Projekt noch nicht gestartet sein durfte. Dadurch erhöhte sich der Druck, im Förderzeitraum schnell seine formulierten Ziele zu erreichen, welche man aber ohne vorher gestartet zu sein schon benannt haben musste.

Außerdem wurden formale Organisationen wie Vereine meist bevorzugt (vgl. auch Karakayali et al. 2018: 40; vgl. auch de Jong und Ataç 2017: 30). Durch die Be-

vorzuzug bereits institutionalisierter Organisationen wurden insbesondere neue Initiativen von der Förderung ausgeschlossen. Karakayali und Kolleg*innen haben erhoben, dass sich neue Initiativen daher häufig zum Zwecke der erleichterten Fördermittelerwerbs größeren Organisationen anschlossen, um Fördermittel zu erwerben (vgl. Karakayali et al. 2018: 11). Die Fördermittelvergabe der Stadt Leipzig waren nicht daran gebunden, allerdings war eine Vereinsgründung trotzdem nötig, um eine Vielzahl von potenziellen Fördermittelquellen zu ermöglichen.

Meine Interviewpartnerin Julia Krause vermutete, dass diese Kriterien-Auswahl damit zusammenhängt, dass Förderer selbst (noch) keine Idee davon haben, welche Handlungen dazu beitragen können, die Förderziele in der Praxis zu erreichen. Julia Krause führte als Beispiel immer wieder die Sächsische Aufbaubank (SAB) an, die die Vergabe verschiedener Fördermittel in Sachsen (darunter auch europäische Fördergelder; vgl. Kapitel 6.2.2) koordinierte. Es blieb ihr unklar, *wie* die SAB entschied, welche Projekte gefördert wurden. Welche Kriterien und Eckpunkte über die Vergabe der Fördermittel entschieden, wurde auch auf Nachfrage nicht ausgeführt. Wenn sich alle Projekte für Integration einsetzen, welches bekommt die Förderung und welches nicht?

Zu Beginn herrschte das Gefühl, dass »Geld wahllos gestreut« wird (Interview Greta Miersch 13.09.16). Mehrere Informant*innen beschrieben mir, dass ihnen nicht klar ist, wer gefördert wird und was das dahinterstehende politische Konzept sein soll. Für sie waren die Förderlogiken Ausdruck von politischer Macht durch die Vergabe von Geld (vgl. Interview Greta Miersch 13.09.16; vgl. Interview Julia Krause 20.10.16; vgl. Interview Magda Kühne 30.08.16; vgl. Interview Marina Rabe 24.08.16). Kirsten Müller (Interview 19.09.16) formulierte daher den Wunsch, dass sie als Akteur*in im Feld »mitdenken« darf, dass sie die Regulierungen mitbestimmen darf und da mitjustieren könne. Sie forderte einen transparenteren Austausch auch über Förderlogiken: Die Möglichkeit einer Rückmeldung darüber, wie Förderlogiken angesichts der jeweiligen Situation praktikabel sind.

All diese Unzufriedenheiten lassen sich gut durch Julias Ausspruch »Integration ist ein Projekt in diesem Land!« zusammenfassen. Sie kritisiert damit nicht nur die alltägliche praktische Erfahrung mit der Projektarbeit, sondern darüber hinaus, dass »Integration« in dieser Art und Weise strukturiert ist. Dadurch misst sie den Organisationen eine entscheidende Rolle in den Integrationsprozessen zu, da diese hier mit Integration gleichgesetzt werden. Demgegenüber erscheinen in den Gesprächen die Entscheidungen der Fördermittelverteilenden als machtvoll, als ›politisch‹ und gleichzeitig als uninformiert. Das eigene Noch-Nicht-Wissen hingegen wird nicht problematisiert wurde. Im Gegenteil: Einige Informantinnen fordern einen Experimentierraum, um herauszufinden, *wie* sie ihre Organisationsstrukturen weiterentwickeln wollen, wie am Beispiel von Julia Krause deutlich wird, die für eine Feldforschung als Startpunkt plädiert und damit für exploratives Suchen und das Erforschen des noch teilweise unbekanntes Feldes plädiert. Hier

wird wieder das Selbstbewusstsein deutlich, das Akteur*innen vor Ort sich angeeignet haben. Möglicherweise spielt auch hier die administrative und kulturelle Situierung Leipzigs in Sachsen eine Rolle in dieser Auseinandersetzung.

6.3 Zukunft von Integrationsprozessen: Visionen und Forderungen von Freiwilligen

Die Fördermittelvergabe war von Unklarheiten und der Praxis zuwiderlaufenden Organisationsstrukturen und Institutionen gekennzeichnet. Diese Strukturen in der Praxis widersprachen aber auch den auf kommunaler und Landesebene als Integrationsergebnis formulierten Zielen. Die bisherigen Ausführungen dieses Kapitels sind vor allem auf die Logik und Legitimation von Projektförderung eingegangen. Diese hängt eng mit Vorstellungen und Wünschen für die Zukunft des individuellen Engagements, des Projektes einer Organisation und der Systemintegration von Geflüchteten und Engagierten in unsere Gesellschaft zusammen. Nun widme ich mich den Visionen und Zukunftsvorstellungen der Freiwilligen selbst, wie sie schon andeutungsweise im Zusammenhang mit der Besprechung der Kritikpunkte an der Förderpolitik erwähnt wurden. Die Reibung, die in Zusammenhang mit der Förderung dieser Projekte und Organisationen entstehen sehe ich als eine Reibung zwischen Gegenwartsbeschreibung und Zukunftswünschen.

Im Rahmen ihrer Konzeptualisierung einer »*Anthropology of the Future*« (2019) plädieren Rebecca Bryant und Robert M. Knight für eine methodische und analytische Fokussierung auf die Zukunft, speziell auf ›Orientierungen‹ (»orientations«) (2019: 17),²⁰ die sich auf die Zukunft beziehen, aber dadurch die Handlungen der Gegenwart beeinflussen. Ihre Gedanken, die gleichsam die Disziplin mit einer neuen Aufmerksamkeit für die Zukunft als Orientierungspunkt der Handlungen neu denken wollen, inspirieren dieses Kapitel. Der Fokus auf Wandel und Agency in meiner Arbeit lässt sich gut unter den methodischen Gesichtspunkten beschreiben, die Bryant und Knight herausarbeiten. »[The new attention to the future] appears to entail a reorientation of the discipline from being to becoming, from structure to agency, and from social institutions to the hope, planning, practices, and action that project those into the yet-to-come.« (Bryant und Knight 2019: 193) Indem man auf diese Orientierungen blickt, also die Aushandlungen der Individuen und

20 »The concept of ›orientations‹ is intended to help us gain an ethnographic hold on the relationship between the future and action, including the act of imagining the future.« (Bryant und Knight 2019: 16) »By ›orientation‹ we intend to break from the notion of linear time while still retaining an aspect of teleology that we find to be important for thinking about everyday lives. Teleology concerns ›ends‹ in the plural – multiple ways of navigating the course of the quotidian« (ebd.: 17).

Policies in Hinblick auf die Zukunft, kommt man einer Beschreibung des Raumes zwischen Gegenwart und Zukunft nahe: »[The orientations] provide a sense of thickness or porosity to the threshold between present and future, holding the future at an indeterminate distance.« (Bryant und Knight 2019: 193) Die Beschreibungen der Vorgänge dazwischen dienen der Erhellung des Raumes, seiner Auffüllung mit Empirie, mit Bildern, Geschichten und Perspektiven der Beteiligten.

Arjun Appadurai setzte sich schon davor (2013) in »*The Future as Cultural Fact*« mit einer *Anthropology of the Future* auseinander. In diesem Buch reflektiert er seine Feldforschungen unter verschiedenen sozialen Bewegungen in Mumbai. Die Bezugsnähe seiner Arbeit zur vorliegenden besteht in dem konsequent optimistischen Blick auf die Agency der Akteur*innen, trotz aller Grenzen und strukturellen Hinderungsgründe. Auf diese rekurriert er als »assets and dreams«: »These assets and dreams are being constantly turned into strategies that constitute my main evidence for what I call the politics of possibility – against the politics of probability – in the era of globalization.« (Appadurai 2013: 1) Appadurai plädiert für eine »anthropology of the future, by which I mean an anthropology that can assist in the victory of a politics of possibility over a politics of probability« (ebd.: 3). Diese Unterscheidung aufgreifend, stelle ich im Folgenden die Visionen der Freiwilligen als »politics of possibility« ihren strukturellen Einschränkungen und Grenzen als »politics of probability« (ebd.: 1) gegenüber. Dies ist auch eine mögliche Antwort auf die methodische Frage, die Bryant und Knight aufwerfen (2019: 16): »As social scientists, how do we examine something that does not yet exist? How do we understand its relationship to the action of everyday life?« Wie erforschen wir etwas, das noch nicht existiert, das in der Zukunft liegt?²¹ Eine Antwort von Bryant und Knight ist es, sich daran zu orientieren, »how people orientate themselves to the future in everyday life« (Bryant und Knight 2019: 193). Eine praktische Antwort dieser Arbeit ist das empirische Sichtfenster meines Forschungsfeldes, das die Reibung zwischen diesen »politics of possibility« und den »politics of probability« (Appadurai 2013: 1) aufzeigt. Dies stellt gegenüber dem in Kapitel 6.2.1 dargestellten Ansatz, das Anwachsen des Engagements im Kontext gouvernementaler Strategien und Top-down Prozessen zu betrachten, eine Möglichkeit dar, die souveränen Handlungen von Freiwilligen in den Vordergrund zu stellen und damit die in der Arbeit konzipierte Wechselwirkung von externen Prozessen und individuellen bzw. lokalen Interpretationen anhand von empirischen Beispielen sichtbar zu machen. In diesem Kontext analysiere ich im Folgenden die Utopien von einem guten Zusammenleben in Leipzig, über die ich mit meinen Informant*innen sprach.

21 Wie kann ein Zusammenleben in der Stadt funktionieren innerhalb von politischen und organisationsrechtlichen Strukturen, die die Bewohner*innen und Zugewanderte in unterschiedliche Kategorien sortieren?

Stell dir vor, du könntest losgelöst von ›das geht‹ und ›das geht nicht‹ bestimmen, was passiert: Was wäre *deine* Vision für Leipzig? Wie soll Leipzig damit umgehen, dass gerade so viele Menschen zuwandern?

Ich habe bei den meisten Interviews mit freiwillig Engagierten, aber auch mit Hauptamtlichen am Ende eine Frage wie diese gestellt. Ich habe in der Regel darauf hingewiesen, dass dies meine letzte Frage ist und dass die Person gern ein bisschen »rumspinnen« darf. Dies waren sehr schöne Momente in den Interviews. Weil sie am Ende des Interviews waren, herrschte bereits eine gewisse Vertrautheit, mindestens jedoch mehr Nähe als zu Beginn. Vor allem aber habe ich häufig zuerst eine *Anspannung* wahrgenommen, wenn mein Gegenüber anfang zu überlegen und dann eine *Entspannung*, ein Lächeln und eine Gelöstheit, sich von den vorangegangenen Beschreibungen des *Jetzt* zu befreien und in ein utopisches Denken einzutauchen. Es wurde viel gelacht in diesem Teil des Interviews aber auch gemeinsam geschwiegen und nicht selten vertieften wir uns nach der Antwort auf die Frage erneut in das Gespräch.

6.3.1 »[T]atsächlich Integration«

In der Wahrnehmung der von mir Interviewten gibt es eine Vorstellung von einem Zusammenleben mit Zugewanderten, das dadurch erreicht werden kann, dass die Alltagsstrukturen miteinander geteilt werden. Dies entspricht etwa auch der Zielsetzung aus dem Integrationskonzept der Stadt Leipzig von 2012, dass »Regeldienste« (Stadt Leipzig 2012: 66) perspektivisch auch für Zugewanderte zugänglich sein sollen.²² Vor allem das Thema Wohnen wird von meinen Informant*innen als zentraler Ausgangspunkt für ein Zusammenleben in der Stadt betrachtet, wie folgende Interviewsequenzen belegen:

Mechthild Giesinger wünscht sich, dass Zugewanderte in »ganz normalen Wohnhäusern« (Interview 07.06.16) leben sollen. Auch Ramon Breitenbach verwendet die Worte »ganz normal« für die Beschreibung der anvisierten Wohnform: Geflüchtete sollen »in ganz normalen Mietwohnungen« untergebracht werden »und somit in die ganz normale Stadtgesellschaft« (Interview 03.03.16). Er sagt, dies sei »dann tatsächlich Integration. Dann ist es eine Familie in einem Haus von zehn, zwanzig Familien. Da lässt sich Hilfe deutlich besser organisieren, weil dann sind es einfach die Nachbarn, die da helfen.« (ebd.: 03.03.16) Dieser Vision des gemeinsamen »ganz [N]ormal[en]« steht die Erfahrung von Distanz, hier in erster Linie auf die Wohnform bezogen, gegenüber. Dass Nachbarschaftshilfe dann leichter sei, ist eine interessante Feststellung, da sie an meine Analyse der

22 Im Konzept ist dabei von »Migrant/-innen« die Rede. Es ist unklar, ob 2012 Geflüchtete damit auch gemeint waren.

Integrationskonzepte anknüpft, in der ich festgestellt habe, dass 2020 eher die Freiwilligen und 2012 eher die Nachbar*innen angesprochen worden sind (vgl. Kapitel 6.1.1).

Anne Thieme sagt, sie sei »eigentlich nicht so der Sachen-Spinner«, daher knüpfe sie gedanklich lieber an Bestehendes an. Sie unterstützt die Weiterführung des dezentralen Unterbringungskonzeptes der Stadt: »Ich fände es toll, wenn Leipzig das hinkriegen würde, was sie eigentlich schon angefangen haben, bevor so viele Geflüchtete kamen, so diese dezentrale Unterbringung, eher in kleineren Unterkünften und viel mehr Integration in die Stadtteile.« (Interview Anne Thieme 17.12.15) Sie führt wie die beiden anderen auch den bestehenden Wohnungsleerstand in Leipzig an und wünscht sich (lachend), dass die Stadt diese Wohnungen »einfach alle kaufen« soll, um Geflüchtete dort unterzubringen. Denn, so fährt sie fort:

»Das, was ich mir am meisten wünsche ist, dass unser Stadtbild irgendwie ein bisschen bunter wird, und ich finde das passiert halt dadurch, wenn man die Leute auch wirklich richtig in die Stadt reintegriert. Also richtig *rein* bringt und nicht irgendwo, gerade auch wie in Grünau, ein Haus mit 200 Leuten schafft, wo dann wieder die in Führungsstrichen besorgten Bürger Angst davor haben, sondern wenn das einfach so normal wird, wenn nebenan auch eine syrische Familie wohnen kann.« (Interview Anne Thieme 17.12.15)

In diesem Zitat wird deutlich, dass der Wunsch nach Normalität sehr komplex ist. Zum einen soll sich die Sorge vor asylfeindlichen Stimmungen in Normalität auflösen. Diese Sorge ist für Anne zentral, da sie regelmäßig bei *NoLegida* demonstrieren geht. Zum anderen hatte ich, auch im Kontext des restlichen Interviews mit Anne den Eindruck, dass es ihr eigener Wunsch ist, die Berührungsängste und die »Realitätsschocks«, die sie erlebte während ihrer freiwilligen Arbeit in einer Erstaufnahmeeinrichtung, in ein »normales« Zusammenleben zu transferieren. Es ist *ihr* Wunsch, dass sie nebenan die syrische Familie wohnen hat. Eine andere Freiwillige schmückte diesen Gedanken aus: Es rieche dann im Hausflur nach verschiedenem Essen. Hier ist zu betonen, dass die Vision nach »normalem« Zusammenleben keine selbstlose Utopie ist, sondern dass hier die Hoffnungen und Wünsche für das eigene Leben sehr zentral sind. Das bedeutet vor allem, dass diese eigenen Vorstellungen eine Rolle spielen im Einsatz der Freiwilligen, und nicht nur Opferdiskurse, beispielsweise. In diesem Sinne steht »tatsächlich Integration« auch für weniger Distanz, weniger Berührungsangst und mehr Normalität. Diese Gedanken sind aber auch in Hinblick auf die Abschottungsmechanismen der Unterbringung und Verwaltung von Asylsuchenden in Deutschland zu betrachten. In dieser Hinsicht bedeutet Normalität vielleicht so etwas wie Gleichheit.

6.3.2 Die Vision einer aufgeschlossenen Gesellschaft

Schon bei Anne Thieme klang an, dass eine Sorge besteht im Zusammenhang mit sogenannten »besorgten Bürgern«. Um die gesellschaftliche Stimmung machten sich zahlreiche Freiwillige sorgenvolle Gedanken. Eine zentrale Utopie bestand daher in dem Wunsch nach mehr Aufgeschlossenheit in der Gesellschaft. Kurt Wittner aus der Stadtteilgruppe beispielsweise sagt, er würde sich wünschen, dass

»mehr Leute auch irgendwo ein bisschen aufgeschlossen sind gegenüber Veränderungen in der Lebensumwelt. Weil ich glaube, dass da wirklich viel darauf zurückzuführen ist. Dass die Leute theoretisch eigentlich gar keine Rassisten sind unbedeutend. Sie kommen einfach aus einem statischen Leben, aus einer statischen Gesellschaft und wollen einfach in ihrem trauten Heim und ihrer Umgebung bleiben und dass sich da nichts ändert.« (Interview Kurt Wittner 10.03.16)

Wie schon in Wittners Interviewsequenzen zuvor wird deutlich, dass er die momentane Situation häufig auf Strukturen der ostdeutschen Gesellschaft zurückführt. Auch hier ist seine Erklärung eng verknüpft mit der Beobachtung, dass die Menschen aus einer »statischen Gesellschaft« kommen. Die Erfahrung und der damit verbundene Glaube daran, dass die Menschen »theoretisch eigentlich gar keine Rassisten« sind, stammt vermutlich aus seiner freiwilligen Arbeit im Stadtteil, bei der er aktiv den Dialog sucht und über Vorurteile spricht. Auch Moritz Jäger (vgl. Kapitel 4.2.2), der hauptamtlich in einer Erstaufnahmeeinrichtung arbeitet, hofft,

»dass die Stadt irgendwie noch offener und entspannter wird. Also dass die Leute einfach als – wie soll ich sagen – als Bereicherung für die Stadt, also was eine Vielfalt halt ausmacht, ne kulturelle, vielleicht auch kreative, intellektuelle Vielfalt einfach ist, dass man das halt auch so begreift und nicht als Leute, die versorgt werden müssen.« (Interview 10.12.15)

Dieser Gedankenweg entspricht in etwa seinem Erfahrungsweg: Im Kontext seiner Arbeit ist er für die Versorgung von Geflüchteten zuständig. Er möchte aber, dass es darüber hinaus geht.

Einige meiner Informant*innen machten sich konkrete Gedanken, wie eine solche Offenheit, ein verstärktes »Miteinander« organisiert werden könnte. Eine häufig wiederkehrende Forderung diesbezüglich war, dass mehr in Personen investiert werden müsse, die dieses »Miteinander« koordinieren: Pfarrer Sebastian Lange beispielsweise sagte, es solle »Orte« oder »Plattformen« geben, die als »Angebote für ein Miteinander« (Interview 22.02.16) fungieren können. Wo man »auch erfährt, dass es einen Mehrwert hat, die Kommunikation. Und dass es auch eine Kultur der Kommunikation braucht« (ebd. 22.02.16). Er spricht Kindergärten und Schulen als Institutionen an, wo »Kinder schon erleben und erfahren, dass eben das Miteinander bereichernder ist als dieses abgrenzende« (ebd. 22.02.16). »Und

da ja das meiste schon mitgegeben wird, was dann später sich auch verfestigt. Ich glaube, das ist ganz wichtig dann auch vor allem in Personal, in Personen zu investieren.« (ebd. 22.02.16) Pfarrer Lange geht von einem Lernprozess aus, der in der Kindheit beginnt und den man durch staatliche Institutionen fördern kann. Er lehrt regelmäßig den Religionsunterricht an einer Schule. Wie ich in Kapitel 7.2 schildern werde, gibt es in seiner Gemeinde Probleme, einen solchen Ort für ein »Miteinander« zu etablieren. Im Gegenteil wurde die Öffnung der Gemeinde gegenüber Geflüchteten aus der Nachbarschaft sogar von internen Konflikten begleitet, die auch entlang von Generationsunterschieden sichtbar wurden. Es ist gut nachvollziehbar, dass seine Utopie die Hoffnung auf die Kinder beinhaltet, die heute anders sozialisiert werden als die Menschen, mit denen er in seiner Gemeinde kein gemeinsames »Miteinander« etablieren kann.

In diesem Zusammenhang mit den Wünschen nach Institutionalisierung und Professionalisierung kommt auch häufig die Wahrnehmung des Zwiespalts im Engagement wieder zur Sprache. Ehrenamt ist eine gute Möglichkeit der Kontaktaufnahme, aber manche Aufgaben dürfen nicht ehrenamtlich getragen werden. In diesem Zusammenhang wurde häufig auch die Aufgabenübernahme durch die hohe Anzahl von Freiwilligen thematisiert (vgl. Interview Anne Thieme 17.12.15; siehe Kapitel 5.3.2). Annes Erfahrungen wie zum Beispiel, dass sich Freiwillige gegenseitig über eine eigene WhatsApp-Gruppe informieren, wenn wieder Geflüchtete ankommen, um dann u.a. die Kleiderausgabe zu organisieren, haben ihr vor Augen geführt, dass essenzielle Aufgaben der Versorgung an Freiwillige abgegeben worden sind. Sie kritisiert dies aus der Perspektive der fehlenden Anerkennung und auch der Kurzfristigkeit der Lösungsansätze. Es entstand der Eindruck, dass die eigene Arbeitskraft genutzt wird, um auf staatlicher Ebene keine langfristigen Strukturen etablieren zu müssen.

6.3.3 Der Wunsch nach längerfristigen Lösungsansätzen

Der Eindruck, als Freiwillige eine kurzfristige politische Lösung zu sein, erweckte auch bei anderen Freiwilligen Frust und Ärger. Gerade weil die Geschehnisse gerade so kurzfristig aufeinanderfolgten, erschien mir im Forschungszeitraum der Wunsch nach längerfristigen Lösungen besonders gegenwärtig. Ramon Breitenbach, ehrenamtlicher Stadtbezirksbeirat, zeigte mir auf, dass ja eine Erfahrung ist (Interview 03.03.16): Die Stadt Leipzig macht langfristige Pläne, wie beispielsweise das Unterbringungskonzept, und dann kann bedingt durch den Anstieg der Zuweisungen dieses Konzept gerade erstmal nicht mehr eingehalten werden.

Sebastian Lange spricht aber auch auf einer eher emotionalen Ebene von einem Wunsch nach längerfristigem, beständigem Denken:

»Da sind wir oft noch zu sehr effizient denkend: Was bringt mir das jetzt kurzfristig, aber dieses mittelfristige ist kaum im Blick und das langfristige erst recht nicht. Gerade auf dieser emotionalen Ebene, bis es mal von da [zeigt auf Kopf] nach da [zeigt auf Herz] oder umgedreht irgendwo ankommt, das braucht seine Zeit. Das braucht vor allem Begegnung. Ja, das ist vor allem das Reden miteinander und das Erleben oder das Kulturelle, der künstlerische Austausch.« (Interview Sebastian Lange 22.02.16)

Die Zukunft, das wird hier und wurde in diesem Kapitel deutlich, wird von den Freiwilligen, mit denen ich sprach in langfristigen Strukturen ohne Effizienzdruck gedacht. Aus diesen Visionen speist sich die Kritik an gegenwärtigen Förderstrukturen und auch das Selbstbewusstsein, nicht alles schon wissen zu müssen, aber es lernen zu können.

6.4 Zwischenfazit: Integration zwischen Gegenwart und Zukunft

In diesem Kapitel habe ich dargestellt, wie sowohl die Stadt Leipzig auf kommunaler Ebene als auch das Sächsische Staatsministerium für Gleichstellung und Integration auf Landesebene die bestehenden jeweiligen Integrationskonzepte erweitert haben, wodurch eine zunehmende Beschäftigung mit Integrationsthemen deutlich geworden ist. Leipzig inszeniert sich im neuen Integrationskonzept »Vielfalt leben« selbstbewusst als »Weltoffene Stadt«. Es wurde deutlich, dass das Engagement in diesem Konzept eine entscheidende Rolle in der Schaffung von gemeinsamen Sozialräumen von Zugewanderten und Schondagewesenen spielt. Es stellt sich erneut die Frage nach der Konstruiertheit dieser sozialräumlichen Nähe, dieser Sozialintegration im Alltag (vgl. Kapitel 4.3.2). Nachdem in der *Anfangsphase* Freiwillige infrastrukturelle Versorgungslücken schlossen, schließen sie nun, in der *Konsolidierungsphase* und darüber hinaus, sozialräumliche Lücken, das heißt Lücken in der Umsetzung der Ziele der Integrationspolitik.

Gleichzeitig sind diese Engagementstrukturen auf Fördermittel angewiesen. Wie ich gezeigt habe, widersprechen die bestehenden Förderlogiken den alltäglichen Anforderungen der Antragstellenden. Die Ausführungen dieses Kapitels haben verdeutlicht, dass die Förderung einer dezentralen, stark dynamischen und informellen Organisationslandschaft die existierenden Förderlogiken vor neue Herausforderungen stellte. All dies zusammengenommen verdeutlicht die vielfältigen neuen Ansprüche der Förderung in der Hilfe für Geflüchtete. Für die Engagierten führten die mit einer als unklar, unpassend und verwaltungsintensiv beschriebenen Förderlogik verbundenen Herausforderungen zu weiteren Überforderungssituationen (neben der in Kapitel 5.3.2 beschriebenen Überlastung der Freiwilligen durch Aufgabenunklarheit). Da die Finanzierung der Organisationen ein entschei-

dender Faktor für das Fortbestehen und die Weiterentwicklung dieser essenziellen nicht-staatlichen Strukturen ist, wurde sehr schnell eine hohe Summe Gelder bereitgestellt, deren Bereitstellung an Bedingungen geknüpft wurde (Karakayali et al. 2018: 9). Im Bereich der Geflüchtetenhilfe wurde 2015/2016 insbesondere kurzfristige Projektarbeit gefördert. Anhand meines empirischen Materials zeige ich auf, dass dies im Widerspruch zu den Möglichkeiten und Zielen steht, die meine Informant*innen von ihrer Unterstützungsarbeit formulierten. Trotz eines Policy-Konsenses auf allen politischen Ebenen (Stadt, Land, Bund, EU), der auf die langfristige Schaffung von gemeinsamen Sozialräumen in der Gesellschaft abzielt, können diese nicht oder nur schwer mit den bereitgestellten Geldern realisiert werden (vgl. Integrationskonzepte Leipzig und Sachsen).

Hervorzuheben ist, dass dieser in Integrationskonzepten dargestellte Policy-Konsens betreffend des Integrationsziels ganz ähnlich den Visionen und Zukunftsvorstellungen der im Feld Engagierten ist. Es gibt mittlerweile eine breite Einigkeit über das Ergebnis: Visionen einer »tatsächlich[en] Integration« (Interview Ramon Breitenbach 03.03.16) im jeweiligen Wohnumfeld der Zugewanderten, Hoffnungen auf mehr Aufgeschlossenheit der Bevölkerung und das Bewusstsein über den Bedarf an mittelfristigen Lösungsansätzen. Gleichzeitig zeigen die Schilderungen meiner Informant*innen im Forschungszeitraum, dass deren Gegenwart nicht von einer Einigkeit über die dazu nötigen Integrationsprozesse geprägt war.

Im nächsten Kapitel gebe ich einen empirischen Einblick in drei Beispiele von konkreten Versuchen, Integrationsprozesse aktiv zu beeinflussen. Ich zeige daran die gesellschaftlichen und politischen Grenzen der hoffnungsvoll anvisierten Integrationsprozesse von engagierten Gruppen im Forschungszeitraum auf.